

Der Ruf nach mehr Obrigkeit

Vorbild New York: Deutsche Polizeichefs pilgern in die amerikanische Metropole, um von der Stadt zu lernen, die das Verbrechen zurückgedrängt hat. Berlin, Frankfurt, Hamburg suchen neue Methoden, um gegen Räuber und Junkies, Bettler und Sprayer vorzugehen. Auch Sozialdemokraten plädieren für größere Härte.

Von Thomas Darnstädt

Da stand er: hinter der großen Stiebel-Eltron-Leuchtreklame, hoch über dem Unrecht der Hauptstadt. Jörg Schönbohm blickte vom Dach eines Bürohauses auf den Berliner Breitscheidplatz.

Den Feldstecher vor Augen schaute der Polizeisenator hinunter, um sich einen Überblick über die Schandstelle an der Gedächtniskirche zu verschaffen. Dealer, Penner, Bettler, wohin er sah.

Genau erinnert sich Schönbohm an den Mann im schwarzen Anorak, der zielstrebig, als sei nichts, die Stufen vor der Kirche hinaufstieg. Da oben traf er einen Kunden, tauschte Rauschgift gegen Geld und verschwand.

Oben auf dem Dach, fünf Stockwerke über dem Ramschmarkt „Rabiat“, fuhr der Ex-General seine Begleiter an: „Warum tut ihr nichts?“ Die Antwort, sagt er, habe ihn fassungslos gemacht: „Man kann nichts tun, Herr Senator.“

Was, man kann nicht? Da unten spielt sich vor aller Augen Unrecht ab – hier wie an den Brennpunkten fast aller deutschen Metropolen das gleiche Bild jeden Tag: Die Stadt gehört dem Gelichter. Dealer gehen zu Hunderten ihren Geschäften nach, Passanten werden beraubt oder angepöbelt, Betrunkene verrichten ihre Notdurft an der Kirchenmauer.

Der Senator auf dem Dach faßte einen Beschluß: „Ich werde das nicht akzeptieren.“ Der Christdemokrat zieht, wenn er davon erzählt, dieses gefürchtete forschende Grinsen auf: „Natürlich kann man etwas dagegen tun – man kann doch nicht einfach sagen, es geht nicht.“

William „Bill“ Bratton, Polizeichef von New York, hatte, als er von oben herabblickte, eine weit schönere Aussicht.

Aus seinem Apartment in Manhattan schaute er hinunter auf den Central Park,

„einen der schönsten Parks der Welt“. Der Anblick hat ihn wohl ebenfalls fassungslos gemacht: „Die Leute pinkelten hinter die schöne Statue, die am Eingang sitzt, ich war selber Zeuge.“

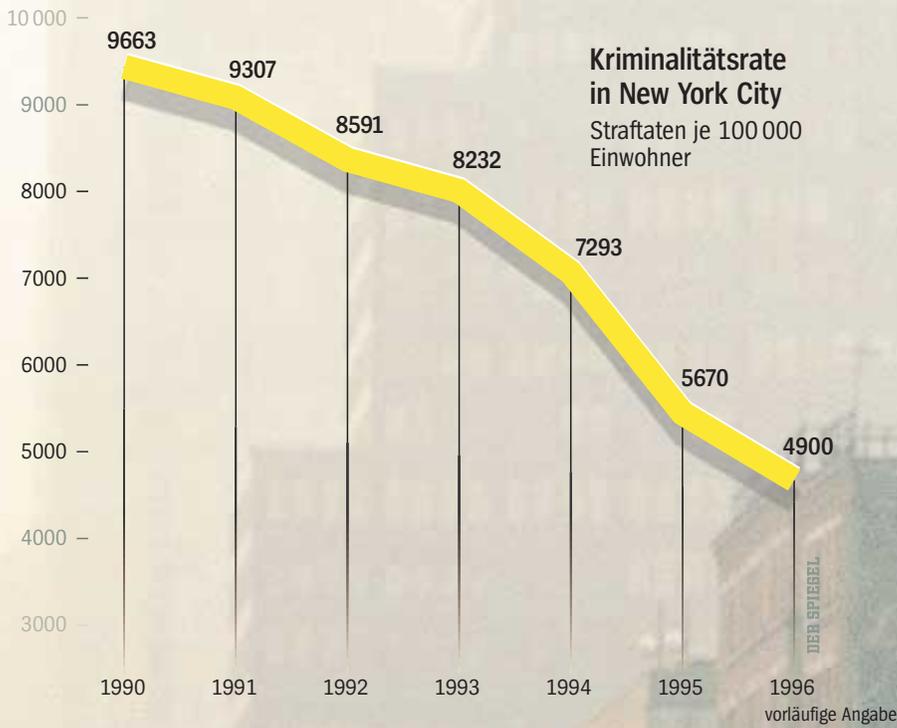
In der 7,5-Millionen-Metropole pinkelt heute kaum noch jemand ungestraft in aller Öffentlichkeit. Schon einmal deshalb nicht, weil niemand mehr ungestraft auf offener Straße Alkohol trinken darf. Dafür sorgt die von Bratton erfundene „Beer-and-piss-Patrol“.

Bill Bratton stieg zum berühmtesten Polizisten der Welt auf. Er brachte in die aus den Fugen geratene Weltstadt am Hudson River in knapp zwei Jahren wieder Ordnung. Im kleinen wie im großen räumte er auf. Seit 1994, als er sein Amt antrat, ist nicht nur die Zahl der Schwarzfahrer um 80 Prozent gesunken, sondern auch die Zahl der Morde um fast die Hälfte.

In den Parks, einst gefürchtete Mordgründe, kann man mittlerweile in der Son-



Verhaftung von Dealern in New York
Aufräumen im großen wie im kleinen



ne gelassen und angstfrei sitzen, selbst in den öffentlichen Bedürfnisanstalten stehen frische Blumen. Vor einer Fahrt mit der U-Bahn braucht sich kein New Yorker mehr zu fürchten. In Brooklyn Nord, einst No-go-area auch für die Polizei, stehen Nachbarn auf der Straße und halten einen Schwatz. „Ein Wunder“, kommentierte die NEW YORK TIMES. „Eine der sichersten Städte der Welt“ sei New York, prahlt Bürgermeister Rudolph Giuliani.

Der schwächliche Bill Bratton mit dem feinen ironischen Lächeln entfesselte in New York eine Law-and-Order-Kampagne ohne Vorbild. Er stellte die Polizei auf den Kopf, installierte ein allumfassendes Computersystem und paukte seinen 45 000 Cops eine neue Philosophie ein: Wehret den Anfängen der Unordnung. Handelt, bevor etwas passiert.

Niemand soll mehr sagen, es geht nicht. Bratton sagt: „Die Polizei kann.“

Die Polizei kann Menschen ändern, das Böse besiegen, Drogenhandel und Gewaltverbrechen dezimieren. Bratton machte es vor. Und er sagt: Was in New York geht, geht in jeder Stadt – „in jeder“.

Auch in Berlin?

Wenigstens ein bißchen New York wünscht sich Innensenator Schönbohm herbei. „Der Mentalitätswandel ist es“, auf den es ankomme – die Idee, gegen das Verbrechen vorzugehen, damit aufzuräumen: „Man war hier zu lange bereit, alles hinzunehmen.“

Die „dringend notwendige Diskussion“, findet Schönbohm, habe sein Parteifreund, der CDU-Fraktionschef Klaus-Rüdiger Landowsky, in Gang gebracht. Die Lehren aus New York faßte der Wortführer der Hauptstadt-CDU in einem mittlerweile berühmten Satz zusammen: „Wo Müll ist, kommen die Ratten. Und wo Verwahrlosung herrscht, ist auch Gesindel.“

Auf zur Bekämpfung des Ungeziefers? Ist das der Ruf nach der Polizeistadt?

Sie waren alle schon in New York, um es sich erklären zu lassen: die Spitzenpolizisten der deutschen Metropolen, die Spitzenbeamten des Bundeskriminalamtes. „Es ist toll, was die da machen“, sagt offen Wolfhard Hoffmann, Polizeipräsident in Frankfurt, ein Sozialdemokrat. „Wir können eine Menge von New York abkupfern, vieles jedoch ist grundverschieden“, räumt sein Kollege Ernst Uhrlau im liberalen Hamburg ein.

Seit der Guru Bratton einen ganzen Tag über die graugrün gemaserten Linoleumflure des Kölner Polizeipräsidioms schwebte, herrscht Aufbruchstimmung im Haus. „Die Leute fragen mich, warum machen wir das nicht auch?“, sagt Polizeipräsident Jürgen Roters.

Das überlegene Gefühl, einen Kontinent weit und im übrigen himmelhoch entfernt

New Yorker Polizisten zu Pferde
Feldzug für Recht und Ordnung



ZWISCHEN
T. SCHWARZ

Drogensüchtiger, Polizisten in Frankfurt: „Was sollen wir denn machen?“

von den Gangsterhochburgen New York oder Chicago zu sein, ist bei deutschen Polizeipolitikern großer Unsicherheit gewichen. „Die Polizei muß ganz neu über ihre Aufgaben nachdenken“, sagt der Inspektor der Hamburger Polizei, Wolfgang Sielaff, einer der Wortführer der deutschen Polizeipolitik und natürlich gut befreundet mit den Wortführern der New Yorker Polizeipolitik.

„Grüßen Sie Sielaff“, bekommt aufgetragen, wer aus Hamburg im Hauptquartier des New Yorker Polizeidepartments (NYPD) am Fuße der Brooklyn Bridge unterwegs ist. Der arme Hamburger hat schließlich gar nicht mehr soviel weniger Räuber am Hals als – gemessen an der Einwohnerzahl – das NYPD.

Ein bißchen New York ist mittlerweile in vielen deutschen Städten. Die Kriminalitätskurven nähern sich bedrohlich an. In der Hansestadt sind es die Raubdelikte, die im vergangenen Jahr mit einer Quote von 350 auf 100 000 Einwohner der New-York-Quote von 588 entgegenkam – vor zehn Jahren noch hatte New York doppelt so viele Raubdelikte, Hamburg nur etwa halb so viele wie heute.

Schönbohms Berlin ist nicht mal mit Mord und Totschlag so weit weg von der Killer-Metropole um den Central Park: 9 Opfer pro 100 000 Berliner gab es vergangenes Jahr, in New York waren es 13.

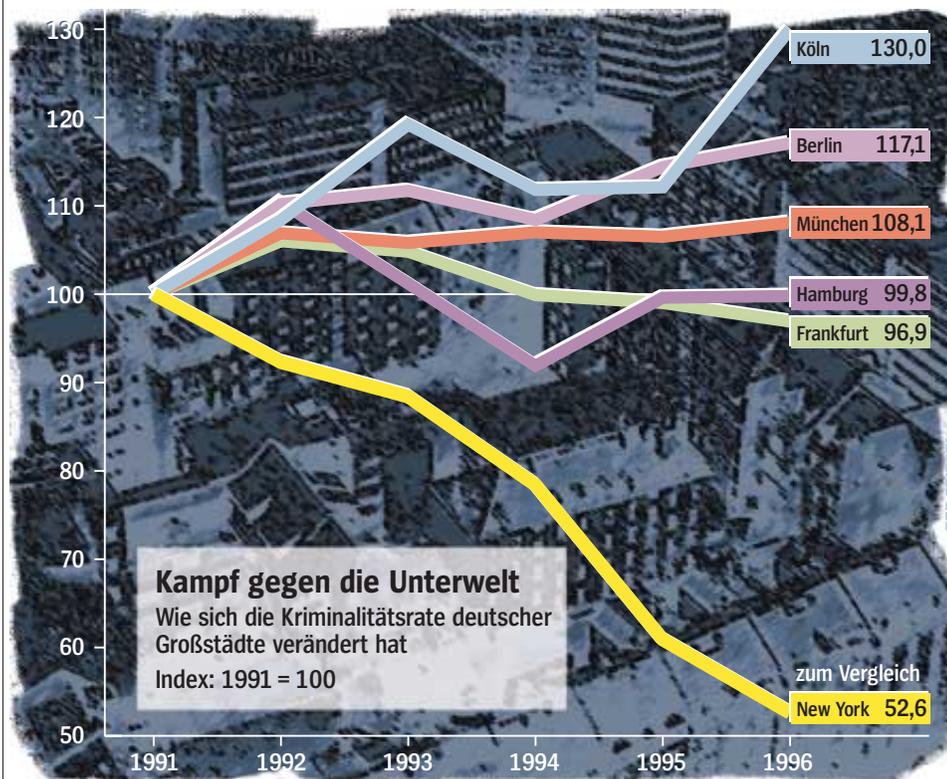
Der Anstieg der Gewaltkriminalität in Deutschland sei „für die Bevölkerung beängstigend“, urteilt der hannoversche Kriminologe Christian Pfeiffer. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Raubüberfälle, Körperverletzungen, Messerstechereien, Vergewaltigungen auf Rekordhöhe gestiegen.

Die Drohung mit der harten Hand ist schon länger keine Spezialität bayerischer Innenpolitiker mehr. Auch Sozialdemokraten rufen nach Polizeipräsenz und schärferen Sanktionen. Lange genug, sagt der Hamburger Bürgermeister Henning Voscherau (SPD), habe man versucht, mit engagierter Sozialarbeit dem Treiben auf den Straßen zu begegnen. „Nun muß man mal die harte Seite der Zange anziehen.“

Mehrere Bundesländer, darunter Hamburg und Nordrhein-Westfalen, organisie-

ren ihre Polizei völlig neu, um sie auf die neuen Herausforderungen einzustellen: detaillierte Zielvorgaben und mehr Schlagkraft für die Reviere vor Ort, neue Präsenzkonzepte. „Sicherheitspartnerschaften“ mit den Bürgern werden geschaffen.

Zur neuen Linie gehören aber auch freigestellte Polizisten in besonderen Rollkommandos, die gegen die Drogenszene, gegen Bettler und herumlungernde Obdachlose vorgehen sollen, Parole: Aufräumen. Schönbohm plant ein totales Bettel-



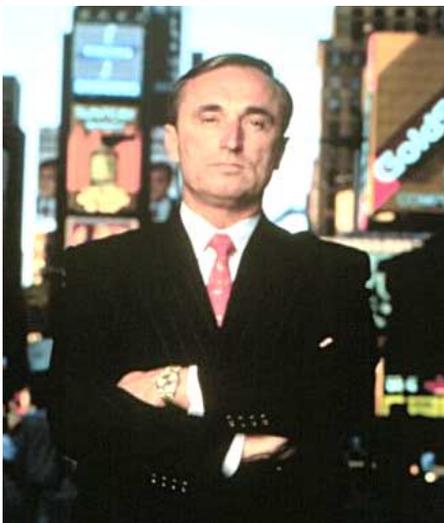
DER SPIEGEL



Polizist in New Yorker U-Bahn: Von der Reaktion zur Prävention

verbot und will seine Beamten zwingen, sich auch noch um die Hundehäufchen zu kümmern. Allein in der Hauptstadt entstehen 40 Tonnen Hundekot pro Tag.

Daß man mit Ordnung in geringen Dingen das Große und Ganze wieder auf die Reihe bekommt, ist eine der Lehren, die Bill Bratton weltweit vertreibt. Der Mann ist mittlerweile viel zu erfolgreich, um nur Polizeichef einer einzigen Stadt zu sein: „Sie kommen aus allen Erdteilen und wollen meinen Rat.“



New Yorks Ex-Polizeichef Bratton

„Wir verloren unsere Straßen und unsere Schulen, weil wir es geschehen ließen“

Im vergangenen Jahr hat er sich mit Bürgermeister Giuliani überworfen, weil die beiden sich einfach nicht einigen konnten, wer von ihnen die Idee mit dem Aufräumen zuerst hatte. Nun sitzt am Police Plaza im NYPD-Hauptquartier sein Nachfolger Howard Safir. Bratton aber privatisiert im Sicherheits-Business.

Er ist Chef der First Security Consulting Inc., residiert im 34. Stock eines Bürohauses an der 6th Avenue im Herzen Manhattans. In fensterlosen, vollklimatisierten Konferenzzellen mit Overhead-Projektoren sitzen Grüppchen von Delegierten, Deputierten, Experten und warten auf den Meister. Der eilt von einem Raum in den anderen und erklärt immer wieder dasselbe: wie er das Wunder hingekriegt hat.

Der ehemalige Polizeichef nennt seine Methode auf dem freien Markt nun „High Performance Policing“, ein eingetragenes Warenzeichen. Der Markenartikel, verkauft in alle Welt, hat ihn reich gemacht.

Lektion eins: Er habe die NYPD gelehrt, daß man eine Weltstadt-Polizei managen muß wie McDonald's: „Wo sind die Kunden, wo sind die Märkte?“ Genaugenommen sei der Laden eine Franchise-Firma. Die Franchise-Nehmer seien die Polizeireviere in den 76 New Yorker Bezirken; dort werde für Sicherheit nach der jeweiligen Nachfrage gesorgt.

Die Kunden? Das sind natürlich die Bürger.

Viel zu lange, sagt freundlich lächelnd der Präsident, habe sich die Polizei an der falschen Klientel orientiert: Sie sei den Verbrechern hinterhergelaufen. „Die Polizei muß sich an den Bürgern orientieren“, sie schützen vor Schmutz und Belästigung; ihre Probleme gelte es zu lösen, nicht die

der Justiz. Verbrecherjagd, sagt Bratton, das sei der Job von gestern.

Von der Reaktion zur Prävention, Bratton formt die Großbuchstaben mit dem Mund zum Merken: von R zu P. Wo immer sich ein Sicherheitsrisiko eröffne, „sofort dasein, eingreifen, nicht erst, wenn's passiert ist, nach den Tätern suchen“.

Jahrzehntelang, lehrt Bratton, habe die Polizei ihre Zeit damit verplempert, auf Notrufe zu warten und dann in dicken Autos mit Blaulicht und Sirene durch die Stadt zum Tatort zu rasen, um dort einen bestimmt nicht zu treffen: den Täter.

Die anderen Polizisten hätten sich damit aufgehhalten, mit ihren Autos auf Streife durch die Viertel zu fahren, obwohl doch jeder wisse, daß das nichts bringe. Der Rest habe sich in „Investigation“ geübt, einem intelligenten Zeitvertreib zur Aufklärung längst geschehener Verbrechen.

Derweilen, Bratton läßt seinen Blick über den imaginären Central Park im Rücken seiner Zuhörer schweifen, seien die Städte unbewohnbar geworden: „Wir verloren unsere Straßen, unsere Häuser und unsere Schulen, weil wir das geschehen ließen.“ Grüße von Sielaff. Die Botschaft ist angekommen.

Aus dem 15. Stock, wo der Hamburger bis vor kurzem sein Büro hatte, kann man die Häuschen und Türmchen von St. Georg sehen, der verlorenen Meile nördlich des Hauptbahnhofs. In den Vorgärten der alten Kleinbürgerhäuser sind die Erddepots des Heroinhandels, davor flanieren die Drogenhuren. „Da unten“, sagt Sielaff, „herrscht mittlerweile die größte Polizeidichte Europas.“

Das Viertel ist nun von Polizisten überschwemmt. „Handlungskonzept St. Georg“ nennt die Polizeiführung den zweifelten Versuch, durch massive Razzien, ständige Präsenz, massenhafte Festnahmen das Viertel vor der Verrohung zu retten.

In keinem Hamburger Stadtteil fühlen sich die Bewohner New York näher als in den engen Straßen von St. Georg. Drogenhuren gammeln zwischen den Junkies herum, Obdachlose nehmen Quartier auf herrenlosen Hinterhöfen, Notunterkünfte für Asylbewerber bestimmen das Bild. Im Zeitungsladen wird schon mal die Kasse mit der vorgehaltenen Blutspritze („Aids“) ausgeraubt.

Sielaff redet auch nicht mehr anders als Bratton: „Die Polizei hat sich seit den siebziger Jahren von den Bürgern wegbewegt. Die Beamten haben sich von den Straßen zurückgezogen in die Hochhäuser.“

Da hätten, so Sielaff, „lauter tolle Spezialisten“ mit viel Technik und viel Raffinesse dem Verbrechen nachgespürt. Rausgegangen seien die Kollegen nur noch, um Verbrecher hochgehen zu lassen: „Miami Vice läßt grüßen.“

Die Beamten, die mit Sprechfunk und Laptop vernetzt in ihren geschlossenen Autos durch die Stadt geprescht seien, hätten



Polizisten auf Verbrecherjagd in Berlin*: Ein bißchen New York in vielen deutschen Städten

ULLSTEIN

keinen Kontakt mehr zu den Bürgern gehabt. „Bullen in Büchsen“, so spotteten Polizisten über Polizisten. Die Rolle der Polizei als Zuarbeiter der Strafjustiz hat die Hilflosigkeit des Rechtsstaates gegenüber Massenkriminalität und Drogenhandel erst richtig deutlich gemacht.

Gerade die Verfolgung von Dealern, das Massengeschäft der Polizei in den Städten, erwies sich als offenkundig nutzlos. Schneller, als die Szene abgefischt wurde, war sie wieder da – im Zweifelsfall an anderer Stelle wie in Hamburg, wo die Drogenhändler, vertrieben aus St. Georg, ins linksliberale Viertel am Schanzenpark auswichen (SPIEGEL 26/1997). Wegen ein, zwei Gramm Heroin ist niemand auf Dauer hinter Gitter zu bringen, und größere Vorräte sind meist gut versteckt.

Die Überlastung der Justiz, die Überfüllung der Untersuchungshaftanstalten, die Dauer der Strafverfahren: Der Versuch, die Kleinhändler der Sucht hinter Gitter zu bringen, sei oft wie „Wasser mit dem Sieb schöpfen“, sagt der Bremer CDU-Innenminister Ralf Borttscheller.

Hamburgs SPD-Bürgermeister Vosschrau pflichtet bei. Strafprozeßrecht, Ausländerrecht, Asylverfahren seien „zu gutwillig, zu lau, zu langsam“ angesichts der „heraufziehenden Schlechtwetterfront“.

Der Drogenhandel ist zum großen Teil in der Hand ausländischer Gangs, die sich mißbräuchlich in den schützenden Schatten von Asylanträgen stellen. Vor schneller Abschiebung ins Heimatland sind sie so sicher. Und nach dem ersten Polizeikontakt tauchen sie meist blitzschnell ab, vor Gericht kommen sie fast nie.

Die Polizisten selbst finden ihren Job oft genug entmutigend. „Was sollen wir denn machen?“ fragt sich der Berliner Leitende Polizeidirektor Gerhard Kilian, der für die Szene am Breitscheidplatz zuständig ist: „Wir können sie doch nicht alle verhauen – das ist ja nicht zulässig.“ Borttscheller in Bremen hat dafür gesorgt, daß die frustrierende Arbeit der Dealer-Verfolgung ständig wechselnden Teams aufgehalst wird, damit es nicht so langweilig wird.

Auch der Senator war natürlich schon in New York. Dort probiert die Justiz in enger Zusammenarbeit mit der Polizei eine

elektronische Variante des kurzen Prozesses – ganz nach dem Bratton-Grundsatz: „Nur wenn wir sofort reagieren, hat es Wirkung.“

Recht und Ordnung zum Mitnehmen: Im Community Court in Manhattan werden Urteile über geständige Täter per Mausclick ausgeworfen. Die Strafe folgt der Tat auf dem Fuße, sie ist sofort anzutreten. Oft ist es nur gemeinnützige Arbeit, die zum Teil im selben Haus verrichtet werden kann.

Solche Durchlauf-Läuterungsanstalten wären so recht nach dem Geschmack deutscher Justizpolitiker, die sich mit der Jugendkriminalität herumärgern müssen. Horst Eylmann (CDU), der Vorsitzende des Bundestagsrechtsausschusses, beklagt, daß die Justiz den jungen Leuten „zuwenig Signale“ gibt. „Geschnappt und prompt verurteilt“ – das müsse die Regel werden, eine „Kernaufgabe der Länder“.

Aber alle Haurucklösungen scheitern daran, daß die strafende Staatsgewalt es mit kleinen und großen Kindern zu tun hat. Annähernd die Hälfte aller Gewalttäter sind junge Leute unter 21, der Anteil der Strafmündigen unter 14 hat sich seit 1989

* Festnahme eines Geiselnähmers am 31. Oktober 1995.

verdoppelt und ist mittlerweile ebenso groß wie der Anteil aller erwachsenen Gewalttäter über 30.

Was soll mit dem kriminellen Nachwuchs geschehen? Daß junge Serientäter bisweilen statt ins Gefängnis auf „erlebnispädagogische Reisen“ geschickt werden, sei „abenteuerlich“, ärgert sich Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jortzig (FDP), statt dessen müßten wieder geschlossene Heime her.

Doch gerade US-amerikanische Forschungen über jugendliche Gewalttäter zeigen, daß die Mittel der Justiz generell ungeeignet sind, die Nachwuchskriminellen zu bessern. „Nichts tun“, sagt der Tübinger Kriminologe Hans-Jürgen Kerner, sei möglicherweise „die adäquate Reaktion auf Jugendkriminalität“.

Milde und Langmut des deutschen Jugendstrafrechts stoßen bei Polizisten jedoch auf Ungeduld. Man müsse den Jugendrichtern die Frage stellen, mahnt der Hamburger Polizeipräsident Uhrlau, „ob sie die Spruchpraxis der Vergangenheit fortsetzen wollen“.

Angesichts schwerster Verbrechen unter Kindern fordern CDU-Politiker schon die Herabsetzung der Strafmündigkeit von 14 auf 12 Jahre. Doch wozu soll das gut sein, wenn die Justiz nicht mal mit den Älteren angemessen umgehen kann?

Der Rechtspolitiker Eylmann, ein Mann mit vergleichsweise liberalen Ansichten, hält es da für „erwägenswert“, nach amerikanischem Vorbild nächtliche „Ausgangssperren“ für Jugendliche zu verhängen. Zu diesem Mittel greifen inzwischen 1000 US-Städte – übrigens nicht New York –, um die Sicherheit in ihren Wohn-

vierteln mit polizeilichen Mitteln zu erzwingen.

Polizeiexperten nennen das „operative Prävention“: Bestimmte (Nacht-)Stunden, bestimmte Viertel, ausgesuchte Bevölkerungsgruppen werden in den Blick der Sicherheitskräfte genommen, vorsorglich. Statt fallorientierter Feinarbeit sicherheitshalber Breitseiten gegen das Böse.

Der Rückzug der Polizei in die Zentralen – war das nicht gerade noch Ausweis des liberalen Staates? In den siebziger Jahren, im Jahrzehnt der Straßenschlachten und der Terroristen-Jagd, kam das Haßwort von den „Bullen-Schweinen“ unter die Bürger. Und machte, zusammen mit den 68ern, seinen Weg durch die Institutionen.

Bald nannten sich die Bullen selber Bullen. Und weil das Auftreten eines uniformierten Polizisten in der Öffentlichkeit zunehmend als gezielte Provokation empfunden wurde, verlegten sich die Beamten auf unauffälliges Dasein oder auf Schreibtischarbeit.

Im Hamburger Polizeipräsidium zählten die Strategen der öffentlichen Sicherheit die Telefone im Volke und beschlossen, daß es viel liberaler und noch dazu billiger sei, künftig auf Außenposten zu verzichten: Wer die Polizei braucht, kann ja anrufen. Sielaff sieht heute, „daß das ein Irrtum war“.

Die stille Bitte um ein bißchen mehr Obriigkeit erfüllt mittlerweile die Bürger, die durch die S-Bahn-Stationen Hamburg-Sternschanze, Frankfurt-Griesheim oder Köln-Chorweiler hasten. Da riecht es nach Gewalt. Graffiti, Müll, Exkreme sind Signale für Randalen: Hier kümmert sich keiner, egal was passiert.

Es kümmerte sich keiner, als in einem Hamburger S-Bahn-Wagen eine junge Frau vergewaltigt wurde. Es kümmerte sich keiner, als auf einem Frankfurter Bahnsteig ein junger Mann niedergestochen wurde, weil seine Lederjacke Neid erregt hatte. In der S-Bahn kann man dealen, fixen, randalieren oder auch ein Feuer legen – in der S-Bahn ist alles möglich.

„Es war, als stiege ich in Dantes Inferno hinab“: So erzählt der Fahrgast Bill Bratton von seiner ersten Begegnung mit der New Yorker Subway. „Alles war dreckig und gräßlich, Vandalen hatten die Drehkreuze an den Eingängen zerstört, statt dessen standen überall Leute, die einem die Hand entgegenstreckten: ‚Gib mir dein Geld, dann lass’ ich dich durch!‘ Auf den Bahnsteigen Camps von Obdachlosen, ganze Städte aus Pappkartons.“

Das ist lange her. Das große Aufräumen in New York begann nicht zufällig in der U-Bahn.

Bettler und Obdachlose wurden vertrieben und zum Teil in städtische Notunterkünfte gezwungen. Einige wichen in tote Schächte aus, wo sie bis heute hausen.

Spezielle Polizeieinheiten durchpflügten die Bahnanlagen, Ecken und Winkel wurden versperrt oder ständig unter Wasser gesetzt. Die Devise: „Null Toleranz“.

Wer auf den Boden spuckte, Alkohol trank, in der Ecke urinierte, bekam Ärger. Festnahme, mal eine Nacht in Haft, mal einfach eine Durchsuchung, strenge Befragung, alle Daten registriert, Bahnverweis.

Das größte Aufsehen verursachten die exzessiven Schwarzfahrer-Aktionen. In Handschellen wurden die Ertappten zu Sammellagern gebracht; richtige Gefangenentransporte waren das. Wer eine Monatskarte kaufte, durfte schnell wieder gehen; andere mußten über Nacht bleiben.

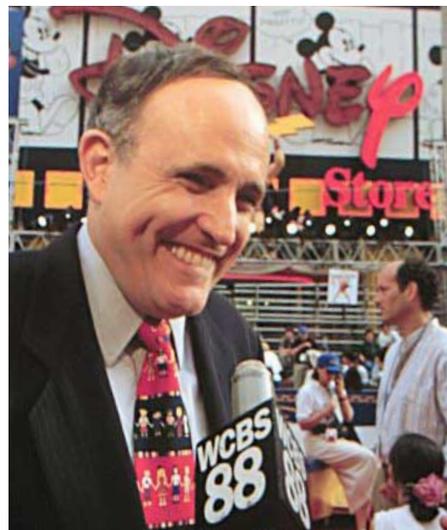
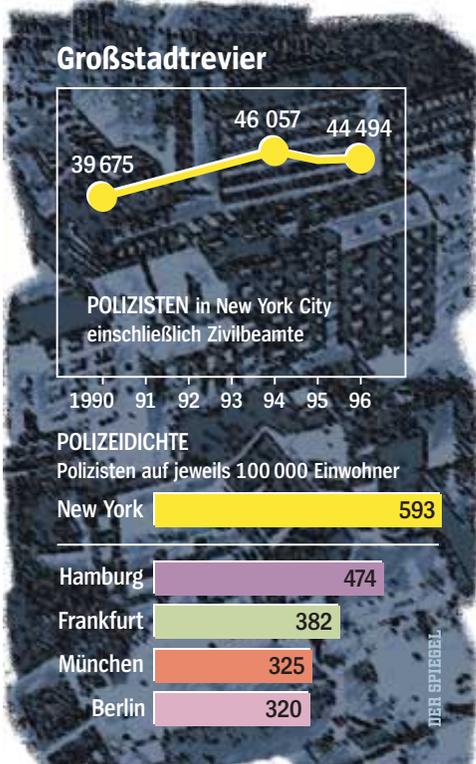
Dabei ging es der „Transit Police“ gar nicht mal so sehr ums Fahrgeld. Die Häsher folgten vielmehr einer Lehre, die nach einem betagten Vorurteil klingt und dennoch plausibel ist. Bratton sagt: „Wer in der Subway einen Raubüberfall vorhat, kauft sich keinen Fahrschein.“

Also muß man alle abfangen, die keinen Fahrschein haben. Immerhin, betont die Polizei, habe sich im Schnitt jeder siebte Schwarzfahrer bei seiner Überprüfung als per Haftbefehl gesuchte Person erwiesen.

Um Brattons Logik zu entkommen, hätte natürlich jeder Schurke nur eine Fahrgeld-Münze kaufen müssen. Und tatsächlich ist die Zahl der Schwarzfahrer dramatisch gesunken. Aber: die Zahl der U-Bahn-Raube auch.

Entscheidend – das ist die Grundidee – ist das Klima von Recht und Ordnung, das an die Stelle des Geruchs von Gewalt und Gesetzlosigkeit getreten ist. Die Obrigkeit ist wieder da.

Am effektivsten war sie beim Graffiti-Entfernen. Die über Jahre völlig zuge-



New Yorks Bürgermeister Giuliani

**Das Böse besiegen,
Drogen und
Gewalt dezimieren**



Friedlicher Central Park in New York: „Eine der sichersten Städte der Welt“

schmierten U-Bahn-Züge galten in den siebziger Jahren als Kunstobjekte, in den Achtzigern avancierten sie zum Symbol des nahen Untergangs. Der einflußreiche Harvard-Pädagoge Nathan Glaser veröffentlichte einen vielbeachteten Aufsatz über die „Subway-Graffiti in New York“. Die Graffitimaler, schrieb er da, „gehören zu einer Welt unkontrollierbarer Raubtiere“, das seien im Prinzip dieselben Leute, „die rauben, vergewaltigen und Fahrgäste umbringen“.

Der öffentliche Haß auf die Graffiti spornte die Transit Police schließlich an, ihre ganze Streitmacht von über 4000 Mann gegen die bunte Pest aufzubieten. Zug um Zug wurde erst gründlich gereinigt, dann unter die besondere Aufsicht des „Clean Car Program“ gestellt.

Jeder Wagen, der unter Schutz stand, fuhr ständig mit Bewachern an Bord. Jeder Farblecks, den er trotzdem abbekam, wurde binnen eines Tages beseitigt. Andernfalls wurde der Wagen sofort aus dem Verkehr gezogen.

Das Rezept wird mittlerweile auch in Deutschland erprobt: Kein Graffiteur sollte die Chance bekommen, sein Werk jemals wiederzusehen. Dem Sprayerstolz war die Spitze abgebrochen.

Nach drei Jahren waren die New Yorker Züge sauber. Sie sind es bis heute.

Lektion zwei, sie betrifft den harten Kern der Sache. „So wie wir die U-Bahn zurückerobert haben“, sagt Bratton und stößt dynamisch die Spitzen der gespreizten Finger gegeneinander, „so holen wir uns unsere Straßen wieder und unsere

Schulen.“ Der Kampf gegen „public disorder“, die öffentliche Unordnung, ist die zentrale Strategie der New Yorker Polizei.

Lange Zeit, sagt der Strategie, habe die Polizei, wenn Beschwerden über Auto-wracks auf der Straße, heruntergekommene Häuser, aggressive Bettler, Schlägereien oder Motorradrennen in der Nachbarschaft gekommen seien, gesagt: „Kommt uns doch nicht mit so was.“ Es war wie mit den Graffiti: Nichts dagegen zu tun war anfangs Ausdruck von Liberalität, multikultureller Toleranz, dann wurde es zur Gleichgültigkeit – und dann war es zu spät.

Für Brattons „Lebensqualitäts“-Programm taten sich die Cops mit den Beamten von der Baubehörde, dem Verkehrsamt, dem Jugendamt, der Gesundheitsverwaltung zusammen. Jede noch so entfernte Rechtsgrundlage war gut genug, den Bettlern, Störern, Krachmachern, Saufbolden das Leben schwerzumachen.

Mit rabiatischen Methoden gingen die Uniformierten gegen jeden vor, der nicht ins Straßenbild paßte. Eine geöffnete Dose Bier in der Hand reichte aus für erkennungsdienstliche Maßnahmen, für Durchsuchung, Registrierung im Polizeicomputer. Spezialkommandos sammelten vormittags die Schulschwänzer von der Straße und brachten sie in die Klassenzimmer.

Aber: Verschwinden mit solchen Aufräumaktionen die Drogen-Dealer, die Bettler, die verwehrlosten Jugendlichen von der Bildfläche? Eine Nacht im Knast macht doch keinen Junkie clean.

Bratton wartet nur auf diesen Einwand. Er kommt immer von den Europäern. Der Präsident strahlt: „Doch, es geht. Das ist ja das Wundervolle, es ist die Revolution der Polizeiarbeit. Sogar Dealer ändern sich.“

Der amerikanische Traum. Alles wird gut. Was der Held der öffentlichen Sicherheit da gut gelaunt vertritt, ist eine Art polizeilicher Alchimie: „Die Polizei kann das Verhalten von Menschen ändern. Denn alles Verhalten ist erlernbar – und wir bestimmen die Lernbedingungen.“

Daß die Polizei die Menschen, vielleicht sogar die Menschheit oder wenigstens den Umgangston in der U-Bahn verbessern könnte: So viel Gottvertrauen bringt in Schönbohms Berlin noch niemand auf. Aber irgend so etwas muß es sein, was der Chef mit einem New-York-mäßigen „Mentalitätswandel“ meint.

Noch jedenfalls ist der Wandel kaum durchzusetzen gewesen. „Hier darf sich jeder so lange die Zukunft verbauen, bis er es merkt“, analysiert Helmut Stolz, 48, die Lage in der Hauptstadt. Der Kripo-Mann mit den zynischen Sprüchen ist dazu ausgesucht worden, die Merkgrenze herabzusetzen.

Stolz lenkt eine kleine Streitmacht von knapp 50 Leuten im Kampf gegen die Berliner Graffiti, das ist der bewaffnete Arm des Schönbohmschen Lebensqualitäts-Programms „Saubere Stadt“.

Der Polizist hat mit der Szene verblüffende Erfahrungen gemacht. „Eine Riesenszene“, dachte er, sei da am Werk. Immerhin gibt es in Berlin 340000 Kinder und



M. LUTZ / PLUS 48 / VISUM

Einsatzbesprechung der New Yorker Polizei: „Sofort dasein, eingreifen“

Jugendliche im passenden Alter zwischen 14 und 20 Jahren.

Ach was, von denen, stellten die Ermittler fest, „können höchstens 25 Graffiti – aber weitere 600 müllen die Stadt mit ihren Schmierereien zu wie Köter, die überall ihre Marke setzen müssen“.

Um gut 600 Leute in Atem zu halten, hat die Kripo lange genug dicke Akten produziert, Umzugskisten voll, sie hat Großverfahren wegen Hunderten von Sachbeschädigungen angestrengt und damit manchmal die Staatsanwaltschaft jahrelang blockiert. Heute setzt Stolz mehr auf die „Stakkato-Methode“: ein Graffito, ein Täter, eine Anzeige, nach wenigen Tagen eine Anklage und: „Zack“.

234 Sprayer nahmen Stolzes Fahnder im ersten Quartal dieses Jahres fest; rein rechnerisch kommt also im Jahr jeder mal dran. „Die Justiz zieht mit“, freut sich der Fahnder, „es gibt reihenweise Freiheitsstrafen und Unterbringungsbeschlüsse“: Zack.

Wichtiger noch als Abschreckung durch Strafe und hohe Schadensersatzforderungen ist der schnelle Einsatz der Stadtreinigung, das Signal: Die tun was. „Eigentlich müßte man an alle Graffiti, die wir verfolgt haben, einen Zettel kleben: aufgeklärt.“

Die Szene, das sei das Gute, sagt Stolz, lasse sich leicht entmutigen. „Die haben eben keinen Sportsgeist – die meisten sind einfach arme Würstchen.“

Daß die Polizei sich für arme Würstchen zuständig fühlt, ist gar nicht so selbstverständlich. Das Verbessern von Menschen, sie auf den rechten Weg bringen, galt hierzulande herkömmlich als Aufgabe der El-

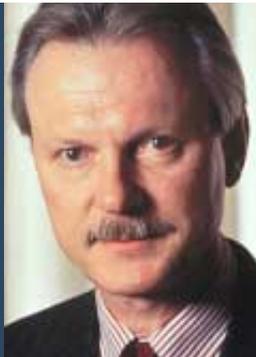
tern, der Lehrer, schließlich der Sozialarbeiter.

Nun ist die Polizei dabei, den Job zu übernehmen. Und von Kriminologen wird das schon als kopernikanische Wende des Verhältnisses zwischen Staat und Bürger gesehen. War es doch das Preußische Oberverwaltungsgericht in Berlin, das 1882 in einem epochemachenden Spruch der Polizei ein für allemal verbot, sich um das Glück ihrer Bürger zu kümmern. Gefahrenabwehr, nicht Wohlfahrt sei die Aufgabe der Polizei.

Die reine Lehre galt, bis überdeutlich wurde, daß beides – soziales Klima und in-

„Die Polizei muß ganz neu über ihre Aufgaben nachdenken“

Hamburgs Polizeichef Sielaff



nere Sicherheit – irgendwie zusammenhängt. Wie, das erforschten Kriminologen in Brattons Amerika mit Hilfe von zwei alten Autos.

Vor 28 Jahren – so lange brauchen Entdeckungen, bis sie sich herumsprechen – parkte der Psychologe Philip Zimbardo von der Stanford-Universität einen ausge-

dienten Straßenkreuzer mit abgeschraubtem Nummernschild in dem friedlichen kalifornischen Städtchen Palo Alto. Einen zweiten Wagen, auch ohne Nummernschild, stellte er in der New Yorker Bronx ab.

Dann wartete der Wissenschaftler, was passieren würde.

Das Auto in der Bronx wurde innerhalb von zehn Minuten von Vandalen heimgesucht. Zuerst kam eine Familie – Vater, Mutter, Sohn –, die den Kühler und die Batterie ausbauten. Innerhalb von 24 Stunden war der Kreuzer zum Skelett verkommen. Dann begann nackte Zerstörung. Kinder wählten das Auto zu ihrem Spielplatz, Karosserieteile wurden abgerissen, die Polster aufgeschlitzt. Fast alle Täter waren scheinbar ordentliche Weiße.

Das Auto in Palo Alto wurde eine Woche lang nicht berührt. Dann zertrümmerte Zimbardo mit dem Hammer eine Scheibe. Schon bald machten Passanten mit. Wenige Stunden später lag das Auto auf dem Dach und war völlig zerstört. Die Täter waren wieder Weiße.

Es gibt einen Zusammenhang zwischen dem sozialen Klima und der Gewalt. Und Gewalt steckt an. Diese Erfahrungen entwickelten die beiden US-Sozialforscher George L. Kelling und James W. Wilson zu einer der folgenreichsten Theorien der Kriminalgeschichte: der „Broken-Windows-Theorie“.

Die Geschichte von den zerbrochenen Fenstern erzählen Wilson und Kelling so:

Ein Grundstück ist verlassen. Unkraut wächst. Eine Scheibe wird eingeschlagen. Erwachsene schelten lärmende Kinder nicht mehr. Die Kinder werden, dadurch ermutigt, rebellischer. Familien ziehen aus, ungebundene Erwachsene ziehen ein. Jugendliche treffen sich vor dem Laden an der Ecke. Der Ladenbesitzer fordert sie auf wegzugehen. Sie weigern sich. Es kommt zu Auseinandersetzungen. Der Müll häuft sich. Die Leute beginnen vor dem Laden zu trinken. Dann stürzt ein Betrunkenener, darf liegenbleiben, seinen Rausch ausschlafen. Fußgänger werden von Bettlern angesprochen.

Noch ist es vermeidbar, daß Kriminalität entsteht.

Aber viele Einwohner werden glauben, daß die Kriminalität ansteigt. Abgewandte Augen, verschlossene Lippen, schnelle Schritte. Kein Interesse mehr am Viertel, kein „Zuhause“ mehr: Nachbarschaft hört auf zu existieren. Ein derartiges Gebiet ist sehr anfällig für die Entstehung von Kriminalität.

Der Aufsatz erschien 1982 in dem liberalen ATLANTIC MONTHLY und blieb

zunächst weitgehend unbeachtet. Eines Tages aber wurde Mitautor Kelling Berater der New Yorker Subway-Polizei. Und alsbald bemächtigte sich Bratton der Idee.

Mit Brattons Erfolgen begann die Weltkarriere der Doktrin. Die Idee, daß man die von Wilson/Kelling skizzierte Geschichte zurückdrehen kann, indem man einfach die zerbrochenen Fensterscheiben repariert, ist so bestechend, daß sie bei Rechten wie bei Linken einschlug.

Vergangenes Jahr erschien eine deutsche Übersetzung des Aufsatzes im KRIMINOLOGISCHEN JOURNAL, ein spektakulärer Akt. Ist doch das Blatt seit Jahrzehnten die Plattform einer linken Schule sozialpolitisch engagierter Kriminologen, die der geradezu entgegengesetzten Theorie des „Labeling Approach“ anhängen, einer Theorie, nach der es Kriminalität in Wahrheit gar nicht gibt, sondern nur ein Etikett gleichen Namens, das die Gesellschaft ihren Sündenböcken anklebt.

Der Hamburger Kriminologe Fritz Sack, auch ein Linker, schrieb das Vorwort: „Broken Windows“ sei zum „meistzitierten Verständigungsmedium über die Richtung einer sich neu entwickelnden Kriminalpolitik in allen kapitalistischen Ländern geworden“. Ein „Schlüsseltext“, an dem nun auch die Frankfurter Schule nicht mehr vorbeikomme.

Die Frankfurter Schule wundert sich. „Keiner mag es glauben, was da in New York passiert ist“, sagt der Sozialpädagoge Henner Hess, „alle sagen, das kann nicht sein.“ Hess sagt: „Es ist aber so. Ich war da.“

Die Idee, den Frieden in den Städten zur polizeilichen Angelegenheit zu machen, zerstört tatsächlich ein Dogma, das die moderne Kriminalpolitik der Neuen wie der Alten Welt bislang bestimmt hat: Kriminalität, so die Lehre von Rechten und von Linken, lasse sich nur bekämpfen, wenn man deren tiefere Ursachen bekämpft.

Der Unterschied zwischen dem linken und dem rechten Weltbild bestand allein in der Antwort auf die Frage, was wohl die „tieferen“ Ursachen seien. Die sozialen Ungerechtigkeiten, sagen die einen; der Verfall von Moral und Erziehung, sagen die andern.

Sozial oder Moral: jedenfalls nicht der Job der Polizei.

Genau hier könnte der Fehlschluß liegen. Vielleicht gibt es ein Mittel gegen Kriminalität, das nicht bei den Ursachen ansetzt und trotzdem hilft. Es muß ja nicht immer gleich die Welt verbessert werden, es wäre ja schon was, wenn es weniger Gewalt gäbe.

Vielleicht braucht es die Skrupellosigkeit eines Bill Bratton, der mit seinen Polizisten einfach mal die Symptome bekämpfte. Vielleicht reicht aber auch schon der pragmatische Hinweis, daß es ja offensichtlich nicht mehr habe so weitergehen können.

„Ein Jahrzehnt“, resümiert der Hamburger Oberpolizist Sielaff, „hatten die Sozialarbeiter Zeit“, es mit Tätern und Opfern der Drogenszene in St. Georg zu versuchen. Seit Jahren gibt es hinterm Hamburger Hauptbahnhof die größte Sozialarbeiter-Dichte Europas. Das Ergebnis, sagt Sielaff, „ist ja wenig eindrucksvoll“.

Wie auch. Die sozialen Verwerfungen, die Familien zerstören, Kinder auf die Straße treiben, Arbeitsplätze vernichten, Drogensucht, Straßensriminalität, Armut und Obdachlosigkeit erzeugen, sind natürlich nicht mit der lindernden Salbe der Sozialarbeit zu beseitigen. Doch was nützt die Einsicht, daß die Arbeitslosigkeit Kri-

minalität erzeugt, wenn es eben vorerst keine Arbeitsplätze gibt?

Der Staat in Not übergibt die Angelegenheit der Polizei. Und daß es so kommen würde in der Krise, hat der Staatsdenker und Karlsruher Verfassungsrichter Dieter Grimm schon lange vorausgesehen. Grimm warnte schon vor Jahren vor dem „Präventionsstaat“.

Der Präventionsstaat ist die Antwort auf die „Risikogesellschaft“, die etwa zu der Zeit, als Bratton seinen Job in New York antrat, der Münchner Soziologe Ulrich Beck ausgerufen hat. Nach der Zeitenwende der Wiedervereinigung und der Öffnung aller Grenzen habe sich eine neue

**„Warum tut ihr nichts?
Natürlich
kann man dagegen
etwas tun“**

Berlins Innensenator Schönbohm*



J. GIRIBAS / BEGENDRUCK

Welt der unbegrenzten Möglichkeiten auf-
getan – auch eine Art Globalisierung.

Soziale Rollenbilder, familiäre Bindun-
gen, vorgezeichnete Biographien seien zer-
stört. Der ganze Kitt, der die Gesellschaft
zusammenhalte, habe sich aufgelöst. Das
sei sehr spannend, aber auch sehr gefährlich.

In dieser Welt, folgert Grimm, kann der
Staat sich nicht mehr wie früher darauf be-
schränken, möglichst gerechte Gesetze zu
machen und aufzupassen, daß sie einge-
halten werden. Selbst der Versuch, gleich-
wohl auftretende Reibungen mit Sozial-
transfers in Milliardenhöhe auszugleichen,

habe sich nach Jahrzehnten als unzurei-
chend erwiesen.

Die unvermeidlich aufbrechenden so-
zialen Krisen werden nun ein bißchen teu-
er. In der Risikogesellschaft „muß der
präventiv orientierte Staat Krisen bereits
im Ansatz aufspüren und zu ersticken ver-
suchen“, sagt Grimm.

Es sei eine „Illusion“, so Grimm, „an-
zunehmen, die Vorteile der Prävention sei-
en kostenlos zu haben“. Der „Prioritäten-
wechsel“ bestehe darin, daß künftig „das
Gewicht stärker auf Sicherheit als auf Frei-
heit“ gelegt werde.

Doch auch Grimm, der liberale Vorden-
ker von Karlsruhe, sieht keine Alternative
zur Prävention. Kosten und Nutzen der
Prävention müßten aber „abgewogen wer-
den“.

In Karlsruhe freilich wägt man anders als
in der Politik. Für die Städte ist Prävention
auch ein Standortfaktor.

„Wenn keener mehr nach Berlin kommt,
weil er Angst hat, dann hamm wa keene
Steuern mehr, und dann könn wa uns auch
nüscht mehr koofen“: Das ist die Logik
des Berliner Polizeiführers Kilian, der für
die Rollkommandos zuständig ist, die nun
am Breitscheidplatz für Ordnung sorgen
sollen. Und Howard Safir, Kilians Kollege
an der Spitze der New Yorker Polizei, sieht
das nicht anders.

Auf die Frage, ob er sich denn vorstellen
könne, daß sich irgendeine deutsche Stadt
so einen Ordnungsaufwand wie New York
auf Dauer leisten könne, antwortet er spitz:
„Ich kann mir nicht vorstellen, daß sich
bei euch auf Dauer jemand leisten kann, es
nicht zu tun.“

Die New Yorker führen jeden, der zwei-
felt, zum Broadway, jener Musical-Meile,
die zu Beginn der neunziger Jahre so her-
untergekommen war, daß sich kaum noch
jemand hintraute. Die Hamburger Ree-
perbahn wirkte sittlich-friedlich, gemessen
an dem New Yorker Chaos aus Bettlern,
Sexshops, Hütchenspielern, Dreck und
Gangsterhöhlen.

Der Broadway nach dem „Vollwasch-
gang“ (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG): klinisch
rein. Man kann hier wieder Geschäfte ma-
chen, nur nicht mit Hütchenspielen. Im Po-
lizei-Kiosk blickt den Eintretenden ein
Starfoto des Polizeipräsidenten an, schräg
gegenüber tobt Mickey Mouse. In Mega-
stores vermarktet der Disney-Konzern sei-
ne Figuren und verlangt, daß in der Um-
gebung seiner Läden alles in Ordnung ist.

So hat die Besetzung der Szene mit den
sterilen Mäusen eine ähnliche Bedeutung
wie das Auftauchen von Spinnen in Kel-
lern: Sie sorgen für Sauberkeit in den Ni-
schen.

Die Nützlinge finden sich neuerdings
auch auf der Frankfurter Zeil. Der Disney-
Megastore eröffnete – es paßt alles so

* Bei einer Visite der Wagenburg an der East Side Gal-
lery im Juli 1996.

schön ins Bild – schräg gegenüber dem neuen gläsernen Polizei-Pavillon; der wiederum wurde der Drogenszene am Brockhausbrunnen direkt vor die Nase gebaut. Jetzt ist sie weg.

Die meisten Eingänge auf der Frankfurter Konsummeile sind fast so gut bewacht wie die auf dem Broadway: von uniformierten Türstehern privater Sicherheitsfirmen. Mehr als ein Dutzend privater Unternehmen halten die Zeil weitgehend bettlerfrei. Obdachlose sind zusammengedrückt vor der letzten Zeil-Fassade, die nicht dem Konsum gewidmet ist: der Hauptpost.

Der Standort hilft sich selbst. Daß private Sheriffs ein gutes Konsumklima bereiten, hat sich mittlerweile in den deutschen Städten herumgesprochen. In Hamburg kursiert bereits die Idee, ganze Einkaufsstraßen an Geschäftsleute zu verpachten, unter privates Hausrecht zu stellen und die harte Hand privater Wachunternehmen in Anspruch zu nehmen. Urheber des Vorschlags: der ehemalige SPD-Innensenator und Chef eines privaten Bewachungsunternehmens, Werner Hackmann.

Wenn schon Polizeistaat, dann wenigstens mit der Polizei. Ist es eigentlich legitim, wenn Kriminalprävention in private statt in polizeiliche Hände kommt?

In Deutschland gibt es ein Modell, mit dem der Mittelweg, eine Kooperation von Obrigkeitsstaat und Bürgergesellschaft, ausprobiert werden soll: die Broken-Windows-Geschichte in netter Form.

„Präventionsräte“ gibt es mittlerweile in den meisten deutschen Ländern. Die Idee kam von Skandinavien via Schleswig-Holstein und verbreitete sich vor allem unter der Ägide der SPD. Es sind Koalitionen des guten Willens, die an runden Tischen in rechtsfreien Räumen ohne konkrete Zuständigkeiten agieren – und darum auch nicht viel tun können.

In Kiel etwa trifft sich regelmäßig der „Landrat für Kriminalitätsbekämpfung“. Ministeriale von Innen-, Justiz- und Schulressorts sind dabei, Chefs der Jugendämter, der Versicherungsunternehmen, Honoratioren der Wirtschaft. In Lübeck sind es die örtlichen Honoratioren, die bei Präventionssitzungen Kinderbetreuung, Schulwegaufsicht, Basteln und Tanzkurse organisieren.

Im hessischen Darmstadt gründete der Präventionsrat eine Bürgerinitiative – gegen Drogen im Stadtpark. Und im nahen Bensheim verschickte ein Verein „Bürger und Polizei“ 14 000 Fragebögen, um die Ängste der Einwohner kennenzulernen.

Im hessischen Groß-Gerau bietet ein Präventionsrat „Konflikttrainingskurse für Jungen an den Grundschulen“. Dazu gehören Rollenspiele für Schulhofschlägereien und das Zerschlagen von Brettern mit der bloßen Hand.

Neu ist das nicht. Früher trugen solche gutgemeinten Aktivitäten die Etiketten



„Compstat“-Zentrale der New Yorker Polizei: Tribunal für die Chefs

„Gemeinwesenarbeit“ oder „Stadtteilarbeit“.

Die Profis von der Polizei sehen dem Treiben mit wohlwollendem Mißtrauen zu. Schaden kann das alles nichts.

Die Frage, was es bringt, sei unzulässig, empört sich Joachim Jäger, Präventionsexperte an der Polizei-Führungsakademie in Hilstrup und einer der Vorkämpfer für den sanften Weg zur Sicherheit. Bei der Strafverfolgung der Repression rechne man auch nicht nach: „Es gibt keinerlei Wirkungsforschung über repressive Erfolge – aber wir investieren in immer neue Strafanstalten.“

Ein Haftplatz, rechnet Jäger vor, koste monatlich 6000 Mark, nicht billiger sei die „Fremdunterbringung“ eines aufgelesenen Straßenkindes. Für diesen Preis kann man sich Präventionsräte an jeder Straßenecke leisten.

Jäger stellt sich Nachbarschaftsinitiativen vor, in denen Bürger Streifen an dunkle und gefährliche Plätze ihres Viertels schicken: in gelben Jacken, damit sie jeder im Auge hat, und mit Handys ausgerüstet.

„Am besten Frauen – die neigen nicht so leicht zu Übergriffen.“

Prävention statt Reaktion – P statt R. Auch der Tübinger Kriminologie-Professor Kerner empfiehlt zur Verhinderung von Jugendgewalt, statt rigider Strafverfolgung, die „Beeinflussung des Feldes, in dem sich Straftaten herausbilden“.

So haben sie es in der Frankfurter Ahornstraße versucht. Dort stehen jetzt Gartenzwerge in den Vorgärten. Einer herzt eine Ente, einer spielt Ziehharmonika. Alles still hier.

Friede liegt über der Vorstadtstraße, die Wohnblocks mit einfachen Wohnungen sind frisch gestrichen, die Wiese zwischen den Häusern ist gemäht. Am Hauseingang hängt ein handgeschriebener Zettel: „Hallo Jungs“ – wenn hier noch mal einer mit einem Joint erwischt werde, „fliegt er raus“. Stempel der Hausverwaltung, Unterschrift des Hausmeisters, ein türkischer Name.

Nur an den angekolkten Bäumen vor den Häusern kann man noch erkennen, daß es hier einmal anders zugeht. 1993 hieß



S. TOUHIQ / SYGMA

Spezialagenten in New York*: Für Sicherheit nach der jeweiligen Nachfrage sorgen



K.-B. KARWASZ / AROUS

Hamburgs Bürgermeister Voscherau

„Nun muß man mal die harte Seite der Zunge anziehen“

das Quartier in der Kleinbürgervorstadt Griesheim die „Frankfurter Bronx“. Autos brannten, Polizeiwagen wurden mit einem Hagel von Steinen begrüßt.

„Die Beamten haben sich da zum Schluß nicht mehr hingetraut“, erzählt Polizeipräsident Hoffmann. Die ungeschickte Zwangsunterbringung von Aussiedlern, Ausländern und sozial schwachen Familien hatte die Straße zum Umkippen gebracht.

Über hundert jugendliche „Intensivtäter“ vermutete die Polizei in dem Quartier. Allein 1993 gab es am Brennpunkt Ahornstraße 3600 „Falldaten“ (Hoffmann) über Raub- und Diebstahlsdelikte.

Und dann gab es einen Toten. Bei einer Schießerei unter Halbwüchsigen kam der 19jährige Kai-Uwe Gärtner ums Leben.

Die Rettung der Ahornstraße gilt Polizeiexperten nicht nur in Frankfurt mittlerweile als Modellfall für die Brauchbarkeit der Broken-Windows-Theorie. So könnte es gehen: mit Sozialarbeit und polizeilicher Härte zugleich.

Städtische Behörden und Wohnbaugesellschaften machten sich in Griesheim an die Stadtreparatur, sanierten die heruntergekommenen Häuser, die verdreckten

Grünanlagen. Zu Malern, Tischlern, Gärtnern wurden Jugendliche aus dem Wohnblock gemacht, die zuvor aus Langeweile randaliert hatten. Und einer wurde als Hausmeister eingesetzt.

Streetworker und Pädagogen nahmen sich der Bewohner an. Eine Kinderbetreuung wurde organisiert. Zugleich aber bildete die Polizei eine Einsatztruppe, stark genug, die kriminellen Kids einzuschüchtern.

Kein Polizeiwagen kehrte mehr um, wenn Steine flogen, es kamen immer mehr. Jede Randalie wurde geahndet, jeder Raub ermittelt. Es gab Razzien, Festnahmen, Durchsuchungen.

Hoffmann nennt das „zielgruppenorientierte Arbeit“. Das Motto: „Wir sind immer schon da.“

Niemand macht sich in Frankfurt Illusionen, daß nun in Griesheim alles wieder in Ordnung sei. Noch immer gibt es rund um die Ahornstraße reihenweise Straftaten, Messerstechereien, auch Überfälle.

Aber da stehen auch die Gartenzwerge. Hoffmann: „Jetzt kippt es nicht mehr um.“

Der Frankfurter Polizeipräsident hat sich ausführlich im NYPD umgesehen. Und er schwört mittlerweile auf Brattons Methode: „Die Polizei ist der Finger auf der Wunde. Wir sind einfach näher dran.“

Wir sind einfach näher dran: Das ist die Parole, mit der in Deutschland viele Poli-

* Angehörige der Sondertruppe „Alcohol, Tobacco and Firearms“ vor dem World Trade Center.



P. LANGROCK / ZENIT

Graffiti-Entfernung in Berlin*: „Was von den Bürgern mitgetragen wird, kann kein Polizeistaat sein“

zeichens eine Methode der Vorsorge gegen das Böse propagieren, die härter und effektiver ist als die allseits beliebten Präventionsräte: „Community policing“.

Community policing – die deutsche, unzureichende Übersetzung, lautet etwa: „gemeinwesenbezogene Polizeiarbeit“ – funktioniert in etwa so wie in der Ahornstraße: Zusammenarbeit aller sozialen Instanzen mit den Bürgern, aber unter Aufsicht und mit den Machtmitteln der Polizei.

In Hamburg heißt das „Sicherheitspartnerschaft“. In den Stadtteilen, so das Konzept, sollen schlagkräftige Mannschaften aufgebaut werden, die in enger Kooperation mit Bürgerinitiativen und Betroffenen die „jeweiligen Sicherheitsprobleme vor Ort“ (Sielaff) lösen. Die Hamburger haben – bei aller Geldnot – im Landeskriminalamt extra ein Wissenschaftlerteam eingestellt, das „kriminologische Regionalanalysen“ anfertigt. Die Analysen in den Bezirken laufen bereits.

„Ganz New-York-mäßig“, so die Hamburger LKA-Kriminologin Ingeborg Legge, werde mit den Beamten in den Kommissariaten „der andere Blick“ eingeübt: der Blick auf die Bürger. Dazu sollen die Dienststellen draußen in der Stadt große Selbständigkeit bekommen, ein eigenes Budget, unterschiedliche Zielvorgaben, ein „Dienstleistungsprofil“.

Sicherheit wird zum Produkt von Polizeigewalt. Nordrhein-Westfalen ist schon dabei, seine Polizeistreitmacht in ein Unternehmen zur Produktion von Recht und Ordnung umzubauen. Von oben „heruntergebrochen“, so der Fachausdruck, werden die Ziele der Ordnungsfabrik bis ins unterste Glied.

Der Kölner Polizeichef Roters, ehemals Mitarbeiter des Düsseldorfer Innenmini-

sters Herbert Schnoor (SPD) ist ein großer Anhänger der bürgerbezogenen Polizeiarbeit: Die Polizei veranstaltet an sozialen Brennpunkten nach dem Vorbild amerikanischer Städte „Mitternachts-Basketball“, um den gewaltbereiten Kids die Nächte nicht zu lang werden zu lassen. Auch die Idee, Streifenwagen durch Mountainbikes zu ersetzen, hat sich Köln von den USA abgeguckt.

Die Dinger haben 2500 Mark pro Stück gekostet. 37 Räder ließ Roters Mitarbeiter Michael Mannheim anschaffen: Shimano-XL-Ausstattung mit 24 Gängen und Magura-Öldruckbremsen. Der Trick: „Früher haben die jungen Leute einen Bogen um uns gemacht, jetzt bestaunen sie unsere Fahrräder.“ Das nennt Mannheim „anlaßunabhängige Kommunikation“.

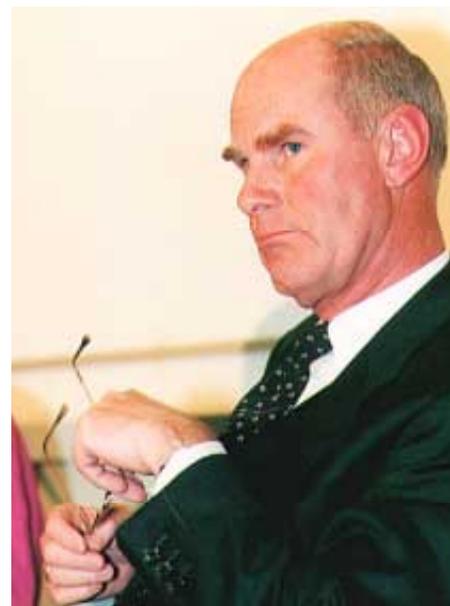
Die gutgelaunten Radfahrer in ihren polizeigrünen Bikerhosen und der „Thermowäsche mit 55 Prozent Baumwolle“ (Mannheim) bereiten prinzipientreuen Rechtsstaatlern gemischte Gefühle. Ist das vielleicht doch nichts anders als eine besonders lebenswürdige Art von Polizeistaat? Wie kommt eigentlich die Obrigkeit dazu, „anlaßunabhängig“ mit ihren Bürgern zu kommunizieren? Und was, wenn die Bürger das nicht wollen?

Sicherheit als Produkt der Polizeiarbeit – das Polizeirecht wird auf den Kopf gestellt. In den Polizeigesetzen war das Handeln stets an die Voraussetzung geknüpft, daß eine „Gefahr“ für die öffentliche Sicherheit und Ordnung vorliegt. Die rechtsstaatliche Wenn-dann-Norm wird unter der Hand in eine finale Blanko-Vollmacht umgedacht. Die Ordnungsgewalt, so lautet nun der Auftrag, hat jederzeit alles mögliche zu tun, „damit“ die öffentliche Sicherheit aufrechterhalten wird.

Das Community policing ist ein Bruch mit der deutschen Polizeitradition. Das über-

kommene Verhältnis von Bürger und Staat, ein Gegenüber, kein Miteinander, löst sich auf wie das von Räuber und Gendarm. Eine „vollkommen neue Polizeiphilosophie“, sagt Thomas Feltes, Professor an der Polizei-Fachhochschule in Villingen-Schwenningen, sei da aus den USA herübergekommen. Doch: „Was von den Bürgern mitgetragen wird, kann ja kein Polizeistaat sein.“

Bratton, die dritte und letzte Lektion. Der Meister hat nicht nur eine Philoso-



A. VARNHORN

Frankfurts Polizeipräsident Hoffmann

„Die Beamten haben sich zum Schluß da nicht mehr hingetraut“

* Initiative der Berliner CDU im Februar 1995.



Köln: Polizisten auf Mountainbikes: „Jetzt bestaunen uns die jungen Leute“

phie, sondern ein Computersystem zur Überwachung der Cops installiert: „Compstat“ („Computerized Statistics“), das als das eigentliche Geheimnis der New Yorker Polizeierfolge gilt. Experten aus aller Welt kommen in die Compstat-Zentrale am Police Plaza, um das Wunder zu sehen: „das Lourdes der Polizeiarbeit“ (TIME).

Das EDV-System ist das Macht- und Druckmittel der Zentrale, die weitgehend selbständigen Captains der 76 Bezirksabschnitte mit etwa 300 Officern und 100 000 Bürgern zum Rotieren zu bringen.

Von sieben bis zehn Uhr am Vormittag gibt es zweimal in der Woche Meetings im „War Room“, einem Konferenzraum voller Projektionswände, Monitore, die Tische mit Computer-Ausdrucken bedeckt. Da sitzen die Spitzen der Sicherheit, die Chefs der Polizei-, Sozial- und Ordnungsbehörden. Jeder Bezirks-Captain muß etwa einmal im Monat vor dieses Tribunal.

Es gibt nichts aus seinem Bezirk, was dem Computer verborgen bleibt. Alle Auffälligkeiten, Straftaten, Anzeigen in jeder Straße werden in Compstat zusammenge-

rechnet, hochgerechnet, verglichen mit anderen Bezirken, anderen Wochentagen, dem Vormonat, dem Vorjahr.

In der großen Sicherheitsfabrik ist keine Schraube locker, ohne daß die Zentrale nachfragt. Captain, warum gibt es in Ihrem Bezirk samstags mehr Klagen über Bettler als montags? Die Zahl der Raubüberfälle ist gegenüber den Vormonaten um 3,25 Prozent gestiegen – was werden Sie dagegen tun?

„Grilling“ heißt die Befragung bei den Opfern. Auf dem Captains-Grill, so beobachtete ein Reporter von TIME, werden effektive Bezirks-Chefs – das sind solche mit einem Erfolgsquotienten von mindestens 15 Prozent weniger Verbrechen – nur „halbgar“ gebraten. Solche Kollegen aber, die sich unvorbereitet zeigen, werden richtig gegrillt. Wer mehrfach ins Stottern gerät, wird gefeuert.

Deutsche Polizeichefs, die Compstat beichtigt haben, zeigen, wenn man sie fragt, einen resignierten Zug um den Mund: Deutschland hat zu gute Personalräte und zu schlechte Computer.

Einen deutschen Kriminalkommissar pinkeln? Oder gar knusprig? Allein die

Wortwahl ist geeignet, Warnstreiks der ÖTV auszulösen.

Frankfurts Hoffmann erzählt mit leuchtenden Augen: „Die sagen in New York ihren Polizeiführern: Ihr habt 14 Tage Zeit, dann ist die Raubrate runter, sonst knallt's.“ Wenn er so etwas im Frankfurter Polizeipräsidium erzähle, folge umgehend der Hinweis auf die Befugnisse des Personalrats.

In netter Form geht es vielleicht doch. Von „Zielvereinbarungen“ redet vorsichtig Hamburgs Polizeichef Sielaff. Mit den Leitern der Kommissariate wird eine Art Vertrag über den Jahresplan zur Produktion von Sicherheit geschlossen. Bislang hat niemand etwas dagegen.

„Wenn wir mit unserer EDV versuchen würden, was die da in New York machen“, sagt Sielaff-Kollegin Legge, „dann täte es einen lauten Schlag und alle Bildschirme würden sich verdunkeln“: Die Behörden-elektronik würde überlastet ihren Geist aufgeben.

Ein paar zaghafte Versuche gibt es gleichwohl. Sowohl Köln als auch Bremen arbeiten an Software für eine Art elektronischen Kriminalstadtplan. Und die Gemeinde Dreieich im Frankfurter Umland unterstützt ihren Präventionsrat bereits mit aktueller Computerstatistik über das Kriminalgeschehen an einigen Brennpunkten.

In Berlin versuchen sie eine ambulante Variante: Ein Sonderkommando, das für Recht und Ordnung zwischen Ku'damm und Breitscheidplatz sorgt, gibt die Resultate der eigenen Arbeit zu statistischen Zwecken in kleine mitgeführte Laptops ein.

Und was passiert mit solchen Zahlen? Eigentlich gar nichts.

„Die Leute sollen ihre Arbeit machen. Die brauchen ihre Zahlen gar nicht zu kennen“, sagt Polizeichef Kilian. Der Zustand der öffentlichen Sicherheit, klagen Polizeixperten hierzulande, lasse sich sowie-so nicht in Zahlen ausdrücken. Prävention, so das verbreitete Urteil, sei nicht meßbar.

„Bleiben Sie doch weg mit der Statistik“, sagt Kilian. An einem Donnerstag Anfang April, einem Tag, an dem statistisch viel passiert, haben sich 20 Berliner Polizeiführer mal selbst in die Prävention gestürzt. Sie fuhren in Zivil geschlossen mit der U-Bahn – auf den schlimmen Strecken.

Alles war bestens vorbereitet. Funkbrücken aus dem Tunnel in die Einsatzzentrale, ein Konvoi von Polizeifahrzeugen mit Blaulicht parallel zur U-Bahn-Strecke unterwegs: „Damit sollten die Leute abtransportiert werden, die wir unten festnehmen.“

Von wegen Festnahmen. Kilian: „Es ist einfach nichts passiert. Es hat nicht mal jemand auf den Boden gespuckt.“ Vielleicht, sinniert der erfahrene Polizeiführer, war das Wetter nicht danach.

Vielleicht waren aber an diesem Tag einfach zu viele bedrohlich aussehende Zivilpolizisten unterwegs. ♦